

BERLINER FLUGHAFEN

Altes neu gedacht

Wenn der BER schon privatisiert werden soll, dann jetzt, findet



Silke Kersting. Berliner Flughafengesellschaft prüfe den Einstieg eines strategischen Investors, um neue Finanzierungsquellen für den Weiterbau des Hauptstadtairports zu erschließen. Klar, erst würde Steuergeld versenkt, um dann, wenn Gewinne drohten, das Unternehmen zu verschern.

Eins ist klar: Die Großbaustelle im Berliner Süden bleibt ein Aufregertema. Sind es nicht die Probleme beim Brandschutz, ist es die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat oder, wie jetzt, der übrigen nicht neue Plan, möglicherweise einen Privatinvestor zusätzlich zu den drei Gesellschaftern Bund, Berlin und Brandenburg mit an Bord zu nehmen.

Es wäre eine späte Erkenntnis - insofern ist Schelte überaus angebracht. Ursprünglich sollte der Flughafen ja komplett privat finanziert werden. Zwei Privatisierungsanläufe gab es, den ersten Ende der 1990er-Jahre, den zweiten 2002. Doch nach Verfahrensfehlern und Querelen um das liebe Geld wollten Bund und Länder das Projekt lieber in Eigenregie stemmen - mit der bekannten Konsequenz, dass der Flughafen noch immer nicht eröffnet ist und vor allem am Ende sicherlich nicht billiger wird, als wenn Private das Geschäft in die Hand genommen hätten.

Eigentlich also wäre eine Teilprivatisierung eine gute Idee, allein schon, um die öffentliche Hand finanziell zu entlasten. Aber auch, um wertvolles Know-how aus dem Privatsektor zu nutzen. Vom Land Berlin allerdings hat es bislang immer ein Veto gegeben, vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit der Privatisierung und dem teuren Rückkauf der Wasserbetriebe. Nicht einmal diskutieren wollte die Hauptstadt über eine Teilprivatisierung des Flughafens. Bislang spricht wenig dafür, dass sich diese Einstellung geändert hat.

Dass sich Investoren für den Flughafen interessieren, ist nachvollziehbar, jetzt, da er langsam zu einer berechenbaren Größe wird, sprich, eine Eröffnung 2017 langsam ernst genommen werden kann. Zudem gelten Infrastrukturprojekte hierzulande aufgrund des Mangels an Anlagemöglichkeiten und Investitionsangeboten für Kapitaleigner wie Pensionsfonds und Versicherungen zunehmend als alternative Anlageobjekte.

Doch Halbherzigkeit bleibt das Motto der Flughafengesellschaft. Wenn eine (Teil-)Privatisierung Sinn macht, dann jetzt, nicht erst 2019, wenn der Flughafen - hoffentlich! - bereits zwei Jahre in Betrieb ist, die jahrelange Durststrecke damit beendet. Wer einsteigt? Vielleicht ein Investor, der den Flughafen mehrere Jahre betreiben könnte und etwaige Gewinne einstreicht. Danach wird neu verhandelt.

Die Autorin ist Korrespondentin in Berlin. Sie erreichen sie unter: kersting@handelsblatt.com

WORTE DES TAGES



„Es bleibt beim Prinzip der Parlamentsarmee: Das ist gut!“

Hans-Peter Bartels

Wehrbeauftragter des Bundestags, begrüßt die Empfehlung der Rüge-Kommission, das Mitspracherecht des Parlaments bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr beizubehalten

LEITARTIKEL

König und Kanzlerin

Freiheitsrechte der Magna Charta sind brandaktuell, sieht **Thomas Sigmund.**



Die Kanzlerin und ihr wichtiger Verbündeter bei der Brotzeit mit Bier und Weißwürsten. Das waren die ersten Bilder, die jüngst vom G7-Gipfel in Elmau um die Welt gingen. Der weiß-blaue Himmel überstrahlte die herrliche Biergartenkulisse in den Alpen. US-Präsident Barack Obama scherzte, die Gäste lachten. Die Stimmung wirkte herzlich, ja aufgekratzt zwischen den Regierungschefs. Aus Sicht der Kanzlerin stimmte alles. Sie und der Präsident fröhlich auf Augenhöhe.

Beim Blick hinter die Kulissen dieser Inszenierung kamen einem ganz andere Bilder in den Sinn. Da saßen nicht mehr der US-Präsident und die deutsche Kanzlerin in trauter Eintracht am Tisch. Das Treffen wirkte zuweilen eher so, als unterhielten sich König und Lehnsfrau miteinander. Letztere traute sich gar nicht erst, die Themen, die ihr seit langem unter den Nägeln brennen, anzusprechen. Merkel verlor in Elmau kein Wort über die NSA-Spähaffäre. Und auch nicht über das No-Spy-Abkommen, obwohl die Bürger eine Antwort Obamas erwarteten. Doch die digitalen US-Attacken auf Deutschland waren tabu.

Was hätte es genutzt, könnte man fragen. Von den Amerikanern wären ohnehin keine Zugeständnisse gemacht worden, wenn es um ihre eigene Sicherheit im Kampf gegen den Terror geht. Warum also sollte sich die Kanzlerin noch mal eine peinliche Abfuhr holen, wenn sie sich gegen die Spähangriffe der USA nicht nur auf ihr Handy wehrt? Obama hatte ihr doch schon zuvor gönnerhaft beschieden: „Solange ich Präsident der USA bin, wird die deutsche Kanzlerin sich keine Sorgen machen müssen.“

Sich indes nur als Schutzbefehlener der USA zu verstehen ist zu wenig, auch wenn an der deutsch-amerikanischen Freundschaft kaum jemand rütteln will. Vielleicht hätte Merkel nach der Brotzeit Obama einfach in ein Gespräch über die 800 Jahre alte Magna Charta verwickeln sollen. Der US-Präsident selbst nannte sie am 1. Mai in seiner Ansprache zum Law Day einen „Meilenstein in der außergewöhnlichen Geschichte des Rechtsstaats“.

Auch deshalb feiert die englischsprachige Welt in diesen Tagen dieses denkwürdige Ereignis mit einem in Deutschland völlig unbekanntem Verfassungspatriotismus. Die englischen Barone hatten im Juni 1215 ihrem König Johann Ohneland eine Urkunde abgetrotzt, deren Folgen bis heute nachwirken. Damals war sich kein Beteiligter der Konsequenzen bewusst.

Doch mit der Ratifizierung endete die Willkür eines Herrschenden, und der Rechtsstaat startete seinen Triumphmarsch um die Welt.

Noch nicht überall. Russland und Ungarn fallen gerade in absolutistische Zeiten zurück; China ignoriert die Freiheitsrechte; Obama hat sein Versprechen nicht eingelöst, die Folterkammern von Guantánamo zu verriegeln. Die Sonntagsreden bei den Festveranstaltungen wollen also nicht so recht passen zum Wiedererstarken der Diktatoren und Skrupellosen.

Doch bis heute gilt die Magna Charta, später verbunden mit der Bill of Rights, als Grundstein nicht nur des britischen und des amerikanischen Rechtssystems. Sie gilt auch als Eckstein der europäischen Freiheitsrechte und der Demokratie.



Mit der Ratifizierung der Magna Charta endete die Willkür eines Herrschenden, und der Rechtsstaat startete seinen Triumphmarsch um die Welt.

So heißt es in Artikel 39 der Großen Charta: „Jede Person hat das Recht auf Freiheit und Sicherheit.“ Ein offener Widerspruch zur Realität, den es in Zeiten des Terrors nicht nur bei den Spähangriffen aufzulösen gilt.

Nach dem skrupellosen Mord an den Mitarbeitern des französischen Satiremagazins „Charlie Hebdo“ brach in Deutschland eine heftige Debatte über den Gegensatz von Freiheit und Sicherheit aus. Die einen forderten reflexhaft die Vorratsdatenspeicherung, die anderen riefen, Freiheit dürfe man nicht auf dem Altar der Sicherheit opfern. Das erinnerte auch an die Zeit nach dem Anschlag vom 11. September 2001 auf das World Trade Center. Damals brach die Diskussion aus, in welche Richtung das Pendel ausschlagen solle - eher für Freiheit oder für Sicherheit. Es ist zwar nicht zu bestreiten, dass die größte Gefahr für die Bürger in Deutschland nicht aus den USA, sondern vom Terrorismus kommt. Die nach dem Anschlag auf das World Trade Center eingeführten Sicherheitsgesetze haben wohl auch bewirkt, dass Deutschland von einem Terroranschlag verschont geblieben ist.

Doch Fakt ist auch: Nach dem Terrorakt in New York haben viele Staaten - darunter Deutschland - die Gewichte in Richtung Sicherheit verschoben. Die Freiheit bleibt da mitunter auf der Strecke. Eine Bilanz, über die Kanzlerin und US-Präsident durchaus beim G7-Gipfel in Elmau hätten reden können und müssen. Nicht als König und Gefolgsfrau, sondern auf Augenhöhe. Und mit Verweis auf die kluge Idee aus Runnymede, damals, vor acht Jahrhunderten.

Der Autor ist Leiter des Hauptstadtbüros. Sie erreichen ihn unter: sigmund@handelsblatt.com

„Wenn Verantwortlichkeiten nicht erfüllt werden, könnte am Ende das Ende vom freien Verkehr in Europa stehen.“

Thomas de Maizière

Bundesinnenminister, befürchtet, dass die Flüchtlingskrise das grenzkontrollfreie Reisen in Europa bedroht

„Wir wollen einen Rechtsstaat mit eingehegtem Nachrichtendienst, aber wir wollen ihn nicht impotent machen.“

Thomas Oppermann

SPD-Fraktionschef, hält eine Reform des Bundesnachrichtendienstes (BND) für überfällig



GASTKOMMENTAR

Drachme? Danke, nein

Kurz vor Toresschluss kommt die alte Idee einer Parallelwährung für Griechenland zu neuer Ehre. Thomas Mayer hat jüngst den griechischen Finanzminister zu seinem Vorschlag beraten, und sogar Clemens Fuest und Wolfgang Schäuble scheinen sich jetzt mit der Idee ein Stück weit anzufreunden.

Griechenland könne, so die Befürworter der Idee, seine Rechnungen im Inland ganz oder teilweise mit Schuldscheinen begleichen, die auf Euro lauten. Soweit diese danach als Zahlungsmittel zirkulieren, entwickelt sich eine Parallelwährung. So ergäbe sich für die Regierung die Möglichkeit, weiterhin Beamte und Angestellte zu bezahlen, ohne sich externen Reformwünschen zu unterwerfen. Manche argumentieren, eine Parallelwährung könne sogar den Default gegenüber dem Ausland abwenden.

Wo immer ein neues Finanzprodukt solche Wunderdinge verspricht, lohnt sich eine Analyse. Zunächst: Die Bürger, die die neuen Schuldtitel ihrer Regierung erhalten, werden schlechter als mit einer Auszahlung in Euro gestellt. Die Abschläge, die sie hinnehmen müssen, orientieren sich daran, ob die neuen Schulden vor den alten vorrangig bedient werden oder nicht.

Eine Parallelwährung wäre also nichts anderes als eine Zwangsanleihe Griechenlands bei den eigenen Bürgern. Aber wie können die Bürger dazu gebracht werden, die Schuldscheine als Zahlungsmittel zu akzeptieren? Für eine Kontrolle scheint Griechenland nicht gut gerüstet. Eine andere Möglichkeit, dem neuen Geld Wert zu verleihen, ist, es mit zukünftigen Steuerschulden zu verrechnen. Das geht aber zulasten alter Gläubiger, die aus den Steuereinnahmen hätten bedient werden

Parallelwährung in Griechenland? Damit wäre absolut nichts gewonnen, meint **Hans Peter Grüner.**



können. Auch das Ausbleiben der Reformen senkt den Wert bereits ausstehender Anleihen. Die Zwangsanleihe ist also der Versuch, die Staatsverschuldung zulasten der Bürger oder der alten Gläubiger weiter zu erhöhen.

Es gibt auch systemische Auswirkungen. Wird der Gebrauch einer Parallelwährung für verbindlich erklärt und wertet sie ab, so geraten Firmen- und Privatkunden von Banken in Schieflage, die Euro-Verbindlichkeiten haben und Einnahmen in der neuen Währung erzielen. Es ist kaum vorstellbar, dass das Experiment ohne Hilfe von außen anders als in einer Wirtschaftskrise endet.

Hinzu kommt: Die Ausgabe neuer gesetzlicher Zahlungsmittel ist nicht durch die EU-Verträge gedeckt. Eine vom Rechtssystem nicht geregelte Zweigleisigkeit in der Geldordnung führt zu unklaren Ansprüchen: Dürfen Ausländer die Schuldscheine erwerben? Können die Besitzer die Einlösung in Euro einklagen? Falls ja: Werden die neu ausgegebenen Schulden vorrangig, nachrangig oder gleichrangig zu den Altschulden bedient? Glaubwürdigkeit ist keine Stärke der aktuellen Regierung. Sind diese Fragen nicht glaubhaft geklärt, bleibt weiter offen, wer für die Altlasten Griechenlands bezahlt.

Eine Parallelwährung schiebt die Unsicherheit darüber, wer für Griechenlands Schulden bezahlt, weiter auf. Alleine eine dauerhafte Einigung mit der Troika kann der griechischen Wirtschaft wieder Sicherheit geben. Das Experiment mit der Parallelwährung wird Athen die Wahl zwischen Reformen und Verfall nicht ersparen.

Der Autor hat den Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik an der Universität Mannheim inne. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

RECHTSEXTREME

Die Spalter

Rechtsparteien wollen das Europaparlament aufmischen, befürchtet **Thomas Ludwig.**



ben sich die etablierten Eurotrophen in der Gewissheit gesont, Rechtspopulisten seien unfähig zu strukturierter Zusammenarbeit; Dumpfbacken blieben neben Dumpfbacken - Politiker vom Schlage einer Marine Le Pen drohen sie nun eines Besseren zu belehren.

Es ist offenkundig: Langsam dringt die ideologische Berieselung in die Köpfe der Menschen ein. Da kann dann Frankreichs Front National der Freizügigkeit in Europa eine Absage erteilen oder auch Ungarns Premier über die Einführung der Todesstrafe schwadronieren, ohne dass Europa laut aufschreit. Die Rechtsaufen schieben die Grenzen des politischen Geschmacks immer weiter hinaus. Irgendwann halten die Bürger wieder für normal, was überwunden schien: Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus und Politik mit der Angst. Als Fraktion im EU-Parlament werden die Rechtspopulisten die Brüsseler Bühne zu nutzen wissen, um daheim bei ihren Anhängern und potenziellen Wählern zu punkten. Und sie treffen einen Nerv.

Viele Bürger verzweifeln an Europas Politik, wenn es um die Bewältigung der Wirtschaftskrise geht oder den Einwanderungsdruck. Dass die Griechen ihre Gläubiger am Nasenring durch die Arena ziehen können, hat überdies vielen den Glauben an eine funktionierende Solidargemeinschaft geraubt. Schon übernehmen nationale Regierungsparteien als Reaktion auf ein Erstarren der rechten Konkurrenz Teile von deren europaskeptischer Agenda. Auch das schwächt die EU gewaltig.

Bei den Rechten ist viel von der Souveränität der Völker die Rede und von der Bewahrung zivilisatorischer Werte. Die Nation steht für sich selbst ein, aber nicht länger für andere. Anstatt die EU zu einem handlungsfähigen Akteur für eine sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltige Politik zu machen, der sich im globalen Wettstreit behaupten kann, arbeiten sie auf die Spaltung der Gemeinschaft hin.

Der Autor ist Korrespondent in Brüssel. Sie erreichen ihn unter: ludwig@handelsblatt.com